(4) Die Genehmigungen sind zeitlich, mengenmäßig, wertmäßig oder auftragsbezogen zu begrenzen und können mit entsprechenden Auflagen verbunden werden.

(5) Genehmigungen gemäß Abs. 1 sind nicht erforderlich, wenn

— die Abweichung bei Exporterzeugnissen auf Grund der Forderungen des ausländischen Kunden erfolgt,

— die Abweichungen innerhalb vom Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung vorgegebener mengenmäßiger oder zeitlicher Toleranzen und Vorgaben für Wahlsortierungen liegen.

(6) Die in Rechtsvorschriften festgelegten Kompetenzen anderer zentraler Staatsorgane zur Genehmigung der Abweichung von staatlichen Standards bleiben hiervon unberührt.

§ 18

Zulassungs- und Approbationspflicht

(1) Das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung kann im Einvernehmen mit den zuständigen zentralen Staatsorganen anordnen, daß bestimmte Erzeugnisse für ihre Herstellung bzw. Verwendung und Betriebe für die Herstellung bestimmter Erzeugnisse einer Zulassung durch das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung bedürfen. Die Zulassungsbedingungen, das Zulassungsverfahren und die Kennzeichnung werden durch Anordnung des Präsidenten des Amtes für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung bestimmt.

(2) Der Import von Erzeugnissen, für deren Konstruktion oder Verwendung in der Deutschen Demokratischen Republik bestimmte technische Vorschriften — insbesondere Sicherheitsvorschriften — bestehen, kann von einer Approbation durch das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung abhängig gemacht werden. Die approbationspflichtigen Erzeugnisse sowie das Approbationsverfahren und die Kennzeichnung werden in Abstimmung mit den zuständigen zentralen Staatsorganen durch Anordnung des Präsidenten des Amtes für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung bestimmt.

(3) Kombinate und Betriebe dürfen zulassungspflichtige Erzeugnisse nur dann herstellen bzw. verwenden und zulassungspflichtige Betriebe dürfen Erzeugnisse nur dann herstellen, wenn für sie eine gültige Zulassung durch das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung vorliegt. Kombinate und Betriebe dürfen approbationspflichtige Erzeugnisse nur nach erfolgter Approbation durch das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung importieren, soweit Rechtsvorschriften keine anderen Regelungen vorsehen.

(4) Die für aridere Zulassungen geltenden Rechtsvorschriften werden hiervon nicht berührt.

§ 19

Sonstige staatliche Qualitätskontrollen durch das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung¹

(1) Das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung kann in Abstimmung mit den zuständigen zentralen Staatsorganen Qualitätskontrollen bei

— volkswirtschaftlich wichtigen Importerzeugnissen, die nicht den Bedingungen des § 18 unterliegen,

— Zulieferungen und Montageleistungen für Investitionsvorhaben,

— Dienst- und ähnlichen Leistungen

durchführen. Dem Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung sind dazu die Ergebnisse von Qualitätsprüfungen bekanntzugeben, die von den Bestellern, ihren Beauftragten oder anderen Kontrollorganen durchgeführt wurden.

(2) Das Verfahren der Qualitätskontrollen wird durch das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung festgelegt. Für die Bereitstellung der Prüfmuster und Proben gelten die Festlegungen des § 15 entsprechend.

§ 20

Auszeichnung von Kombinat und Betrieben

Kombinate und Betrieben, die mit ihren Erzeugnissen und Leistungen dauerhaft ein hohes Qualitätsniveau gewährleisten, kann vom Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung der Titel „Kombinat der ausgezeichneten Qualitätsarbeit“ bzw. „Betrieb der ausgezeichneten Qualitätsarbeit“ verliehen werden.

§ 21

Garantie

Das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung ist berechtigt,

— Festlegungen zur gesetzlichen Garantiezeit und Garantiehöchstfristen entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes vom 25. März 1982 über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft — Vertragsgesetz — (GBl. I Nr. 14 S. 293) zu treffen,

— Herstellerbetriebe von Konsumgütern zu verpflichten, Zusatzgarantie gemäß Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. Juni 1975 (GBl. I Nr. 27 S. 465) zu gewähren.

§ 22

Auflagen durch das

Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung und das Amt für industrielle Formgestaltung

(1) Die Kombinate und Betriebe sind verpflichtet, Auflagen, die das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung und das Amt für industrielle Formgestaltung gemäß § 4 Abs. 1 und § 5 Abs. 4 erteilen, nachzukommen. Ihre Verantwortung für die Entwicklung und Sicherung der Qualität der Erzeugnisse wird dadurch nicht eingeschränkt.

(2) Gegen die Auflagen gemäß Abs. 1 kann Beschwerde eingelegt werden. Die Beschwerde ist schriftlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von 4 Wochen — nach Zugang der Auflage — beim Leiter, der die Auflage erteilt hat, einzulegen. Die Beschwerde hat keine auf schiebende Wirkung. Über die Beschwerde ist innerhalb von 1 Woche nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, so ist sie innerhalb dieser Frist dem Präsidenten des Amtes für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung bzw. dem Leiter des Amtes für industrielle Formgestaltung zur Entscheidung zuzuleiten. Der Präsident des Amtes für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung bzw. der Leiter des Amtes für industrielle Formgestaltung entscheidet innerhalb von weiteren 2 Wochen endgültig. Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe und des voraussichtlichen Abschlußtermins zu geben.

§ 23

Beauftragung von Gewinnabschlägen

(1) Das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung ist berechtigt, entsprechend den Rechtsvorschriften Gewinnabschläge festzulegen, wenn die Betriebe ihre Aufgaben zur Sicherung der geplanten Qualität der Erzeugnisse nicht erfüllen, insbesondere wenn

a) Erzeugnisse nicht entsprechend den staatlichen Standards und anderen staatlichen Qualitätsvorschriften produziert werden,

b) geplante Gütezeichen für Erzeugnisse der laufenden Produktion aberkannt oder nicht wieder erteilt werden,

c) bei volkswirtschaftlich wichtigen Schwerpunktaufgaben die im Plan Wissenschaft und Technik festgelegten Qualitäts- und Effektivitätsziele, insbesondere das Gütezeichen „Q“, nach Einführung der Erzeugnisse in die Produktion nicht erreicht werden,